

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 64.

Donnerstag, den 16. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein tüchtiger Schlag gegen die Krankenkassen.

II.

Bei den Verhandlungen in der Reichstagskommission traten in der ersten Lesung nur die Konservativen und Nationalliberalen für die Regierungsvorlage ein. Das ist um so bemerkenswerter, als sich nun kurz vor Abschluss der Verhandlungen in der Kommission Freisinnige Volkspartei und Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen zu dem tüchtigen Schlage vereinigt haben, der das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter aufhebt. Bemerkenswert für die Stellung des Zentrums gegen frühere Erklärungen maßgebender Personen ist eine Äußerung des Abg. Giesberts auf dem Zentrumsparteitag am 18. Oktober 1908 in Neuss. Giesberts wies auf die Gefahr hin, die mit der Reform der Arbeiterversicherung verknüpft sei und fuhr dann fort:

„Man strebe dahin, bei den Krankenkassen die Zweidrittelmehrheit der Arbeiter zu befähigen und zu bestimmen, daß die Arbeiter zwar nur die Hälfte der Kosten tragen, dafür aber auch den Vorstand nur zur Hälfte besetzen sollen. Die Kassenvorsteher sollen nicht mehr gewählt, sondern von den Gemeinden angestellt werden; wir erhalten danach also kommunale Krankenkassen. Eine solche Bureaunkratisierung der Krankenkassen könne man nicht wünschen. Die Regierung sage, man wolle es der Sozialdemokratie unmöglich machen, die Kassen parteipolitisch auszunutzen. Hier und da möge ein solcher Mißbrauch stattgefunden haben, aber die Gerechtigkeit erfordere es, anzuerkennen, daß die von Sozialdemokraten verwalteten Kassen in ihren Leistungen nicht zurückstehen gegen andere Krankenkassen. Einer Ausnutzung zu parteipolitischen Zwecken würde ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden, wenn für die Vertreterwahl die Wahlhäufigkeit festgelegt würde. Dann würde es einer Rückwärtsbewegung der Versicherungsgesetze nicht bedürfen. Die Arbeiter legen Wert darauf, daß ihnen von den gewährten Rechten nichts genommen wird.“

Entgegen dieser Erklärung bekehrte sich in den letzten Sitzungen der Kommission Herr Becker, ein Arbeitersekretär der christlichen Gewerkschaften, zu der konservativen Auffassung, der Einfluß der Arbeiter, besonders bei der Wahl der Angestellten, müsse möglichst zurückgedrängt werden. Der Vertreter des Zentrums legte größeren Wert darauf, die eigentliche Ausübung der Verwaltungsgeschäfte in die Hände von Personen zu legen, die nur mit Zustimmung der Unternehmer gewählt werden dürfen. Mit dieser Änderung hatte man den gleichen Zweck erreicht, den die Vorlage beabsichtigte, nur war von diesen „Arbeitervertretern“ des Zentrums den Unternehmern die höhere Beitragsleistung erspart worden, die die Regierungsvorlage wollte. Ohne irgendwelche Kompensation schaltete man die Arbeiter fast gänzlich aus der Verwaltung aus! Aber nicht nur bei der Wahl der Beamten wurde der Einfluß der Arbeiter ausgeschaltet, auch bei Änderungen des Statuts sollte nach den Kommissionsbeschlüssen ein übereinstimmendes Votum der Unternehmer und Arbeiter notwendig sein. Nachdem dieser verräterische Streich gegen die Arbeiter vom Zentrum unternommen war, entdeckte auch der Vertreter der Freisinnigen Volkspartei, Herr Dr. Mugdan, wieder seine Liebe zu den Kassenverwaltungen und schloß sich dem schwarzblauen Block und den Nationalliberalen zu gemeinsamer Aktion gegen die Kassenverwaltungen an.

Ehrlicher als diese zweifelhaften Volksfreunde erklärten schon die konservativen Redner, daß es für sie mehr eine politische Frage sei, daß die Krankenkassenverwaltung den Händen der Arbeiter entzogen werde. Es sei, führte ein konservativer Redner aus, eine eigenartige Sache, daß die Verwaltung einer Korporation, die mit öffentlich rechtlichen Befugnissen ausgestattet sei, sich in den Händen von Sozialdemokraten befinde und von den Vertretern der Regierung wurde ganz offen bemerkt, es sei ein unheilvoller Zustand, daß beispielsweise an der Spitze einer so großen Kasse, wie der Leipziger Ortskrankenkasse, ein bekannter Sozialdemokrat stehe. Das sind die Gründe, die die Konservativen offen darlegten, die Liberalen aber in kluger Vorsicht für sich behielten, um die Arbeiter hinterlistig zu entrechteten. Wie die Gründe aber auch waren: in der Sache stellte sich die Kommissionsmehrheit auf den Standpunkt der preußischen Politik: Sozialdemokraten dürfen keine einflußreiche Stellung in der Verwaltung öffentlicher Korporationen einnehmen, Sozialdemokraten sind minderem Rechts.

Sehr interessant gestaltete sich auch die weitere Diskussion insofern, als Graf Westarp im einzelnen darlegte, daß das Urteil in der Sache des Bürgermeisters

Schücking im wesentlichen die Grundsätze festlege, die künftig auch für eine Entlassung der Krankenkassenangestellten maßgebend seien. Obwohl nun die Freisinnige Volkspartei in der Presse und im Parlament gerade dieses Urteil wiederholt einer herben Kritik unterzogen hat, bleiben die Vertreter dieser Partei in der Reichstagskommission bei dieser Ankündigung stumm, obgleich ihnen die Schlussfolgerung des konservativen Redners von sozialdemokratischer Seite noch einmal vorgehalten wurde. Es beschäftigt sich auch hier die Erfahrung, daß die Maßnahmen, die den Herren von der Freisinnigen Volkspartei unangenehm sind, dann keinen Anlaß zur Abwehr geben, wenn sie der Sozialdemokratie gelten.

Noch einen Schritt weiter ging der Fortschritt mit dem schwarzblauen Block, indem auch der Vorschlag seine Zustimmung fand, daß künftig Beamte lebenslänglich mit den Befugnissen eines Staatsbeamten in den Krankenkassen angestellt werden können. Das sind die Vertreter einer Partei, die sich wiederholt beklagen, daß in der städtischen Verwaltung die Aufsichtsbehörde im Dienste konservativer Einflüsse stehe. Die Herren haben kein Bedenken, die Arbeiterversicherung der gleichen Bevormundung zu unterstellen.

Damit aber nicht genug in der Benachteiligung der Arbeiter. Leichtem Herzens opferte das Zentrum für die Landarbeiter überhaupt jede Anteilnahme und jeden Einfluß an der Verwaltung der Krankenkassen. Den Großgrundbesitzern zuliebe verständigte man sich dahin, ihnen zu gestatten, eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen, wenn sie auch nur kurze Zeit mindestens 50 Arbeiter beschäftigen, eine Maßnahme, die dazu führen wird, daß die Landkrankenkassen von den kleinen Grundbesitzern erhalten werden müssen, während die großen, die Zahlungsfähigen, bei der Beitragsleistung ausschalten. Weiter wurde ihnen die Vergünstigung zuteil, daß Ausländer, die erkranken und in die Heimat abgeschoben werden, mit einer einmaligen Entschädigung abgefunden werden können. Diese Entschädigungen werden wohl in der Regel so bemessen sein, daß sie nicht allzu groß und nicht zum Schaden des Großgrundbesitzers ausfallen. Vergleicht man mit diesem Schlage gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen die Stellung der bürgerlichen Parteien zu den Berufsgenossenschaften, so erscheint ihre Haltung noch skandalöser. Jeder Versuch, an der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften eine Änderung vorzunehmen, stieß auf den nahezu einstimmigen Widerspruch der bürgerlichen Parteien. Die Absicht des ersten Entwurfs, bei der Unfalluntersuchung und Festsetzung der ersten Renten die Arbeiter mit teilnehmen zu lassen, wurde abgelehnt, weil die Berufsgenossenschaften nicht wünschten, daß die Arbeiter zugezogen würden. Selbst die Bestimmung, daß bei der Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften Arbeiter mitwirken, mußte fallen, weil die Berufsgenossenschaften darin einen Eingriff in ihre Selbstverwaltung sahen. Die Unfallverhütung ist aber eines der wichtigsten Kapitel der Arbeiterversicherung, die dringend die Mitwirkung der Arbeiter erfordert hätte. Eine Anregung aus den Kreisen des Zentrums, wenigstens einen Arbeiter als Staffage mit in den Vorstand der Berufsgenossenschaft hineinzunehmen, verschwand sofort, als von der Regierung erklärt wurde, daß man den Berufsgenossenschaften eine solche Zumutung nicht stellen könnte.

Schon die Gegenüberstellung dieser Beschlüsse ergibt die einseitige Art, in der die Kommission die Interessen der Unternehmer gegen die der Arbeiter vertrat. So ist der Abschluß der Verhandlung in der Kommission ein gemeinsamer Vorstoß der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeitervertretung in den Krankenkassen, eine Verzichtleistung auf die Mutterschaftsversicherung und ein Aufgeben großer Reformen. Das große Werk ist ein Paragrahengewirr, dem in der Kommission keine Klarheit gegeben, sondern im Gegenteil manche Schwierigkeit angehängt wurde. Wir sind überzeugt: die Entrechtung der Arbeiter wird in der gesamten Arbeiterschaft die lebhaftesten Proteste hervorrufen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstags-

sand am Mittwoch die sozialpolitische Generaldebatte ein gewaltsames Ende unter dem Fallbeil der Guillotine. Die Sitzung war nach mattem Anfang — irgendein gleichgültiger konservativer Graf hielt eine noch gleichgültigere Mittelstandsstimmenfangpauke — äußerst lebhaft und stellenweise bewegt. Herr Giesberts vom Zentrum machte den durch die Tatsachen zur Erfolglosigkeit verurteilten Versuch, seine Partei von den schweren und nur zu begründeten Anklagen zu reinigen, die unser Diskussionsredner vorgebracht hatte. Herrn Giesberts durch die Lungenkraft der Schwarzblauen unterfützter Angriff auf

Partei und Gewerkschaften wurde vom Genossen Sachse siegreich zurückgeschlagen. Unter Fraktionsredner gab den Terrorismuszeteren in den verschiedenen bürgerlichen Parteien den Rat, einmal eine Besichtigung der in endloser Fülle und in stattlicher Größe vorhandenen Balken auf bürgerlicher Seite vorzunehmen, ehe sie dem Proletariat gegenüber Splitterrichterei treiben. Der trefflichen Empfehlung unserer Revolution auf Erlaß eines Reichsberggesetzes durch den Genossen Sachse schloß sich der Fortschrittler Götze an, der überhaupt eine der besten und unbestreitbar die freieste von allen Reden hielt, die in dieser Session auf bürgerlicher Seite gehalten worden sind. Der nunmehr folgende Redner, der Pole Waid a, gestaltete nach unbeholfenem Anfang und unter stetem Ringen mit der deutschen Sprache seine Ausführungen zu einer wuchtigen und packenden, teilweise bis zur glühenden Leidenschaftlichkeit sich erhebenden Anklage-rede gegen die Despotie der oberjüdischen Grubenbarone.

Das Resultat der Abstimmungen über die zahlreichen Resolutionen findet der Leser im Bericht.

Am Donnerstag wird in das Detail des weisshildigen Delbrück-Etats eingetreten.

Sozialdemokratischer Stimmenzuwachs.

Die beiden letzten Reichstagsersatzwahlen haben der sozialdemokratischen Partei wieder einen beträchtlichen Stimmenzuwachs gebracht. Seit der Gründung des schwarz-blauen Blocks zeigen alle Reichstagsnachwahlen, insgesamt 19, ein beträchtliches Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmenzahl, wie die nachstehende Aufstellung beweist, in der wir dem Stimmengewinn die schätzungsweise berechnete Gesamtzunahme der Wahlberechtigten hinzugefügt haben:

	Zunahme der sozialist. Stimmen absolut	in Proz.	Berechnete Zunahme der Wahlberechtigten ungefähr
Landau i. Pfalz	2650	31,8	800
Stollberg-Schneeberg	2170	11,4	3000
Koblenz a. Rh.	670	30,8	2900
Coburg	1750	40,6	800
Landesberg-Soldin	1670	16,6	1650
Halle a. S.	3910	17,9	2500
Eisenach	2425	30,8	2500
Mühlhausen-Wipperfurth	2400	28,1	4000
Roslar	871	63,2	5500
Dietzfelde	285	45,2	550
Landeshut-Fauer	1420	28,2	600
Niedam-Wollin	1550	24,0	700
Friedberg i. H.	2320	32,1	1200
Stuttgart-Cannstatt	3220	20,8	1800
Marientburg-Zschoppau	3550	31,4	1900
Frankfurt a. O.	2019	16,4	1100
Labiau-Wehlau	690	19,1	100
Kempten-Zimmernstadt	1809	90,4	1500
Gießen-Mitda	1560	24,4	2800
in Summa	35681	24,2	35000

Im Durchschnitt ergibt sich demnach eine Vermehrung unserer Stimmenzahl um 24 Proz., und zwar übersteigt in den meisten der 19 Wahlkreise die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei weitem die Zunahme der Wahlberechtigten: ein Beweis, daß die Sozialdemokratie nicht nur aus den Reihen der inzwischen wahlberechtigt gewordenen neuen Wähler großen Zugzug erhalten hat, sondern auch auf bisherigen konservativen, klerikalen und liberalen Terrain neue Anhänger gewinnt.

Der „blühende“ Reichsverband.

Der Generalsekretär des Reichsverbandes für die Provinz Sachsen, Michaelis, hat alle Hände voll zu tun, um das sanfte Ende der von ihm mit schwerer Mühe gegründeten Ortsgruppen zu verhindern. Er verfennt daher an die bisherigen und ehemaligen Mitglieder vertrauliche Rundschreiben, in denen er sie unter Berufung auf den bevorstehenden schweren Reichstagswahlkampf beschwört, der Sache des Reichsverbandes treu zu bleiben. In einem dieser Rundschreiben, das an die Reichsverbändler in Rönnern, einer Landstadt bei Halle, gerichtet ist, beklagt er bitter, daß es ihm nicht gelungen sei, einen Vorstehenden für die Ortsgruppe zu finden. Er habe jetzt jede Hoffnung aufgegeben, jemanden zur Übernahme dieses Amtes zu bewegen.

Ähnliche Verhältnisse herrschen in vielen Orten. Wenn sich z. B. die Ortsgruppe in der Großstadt Halle versammelt, pflegen in Summa etwa 30 Reichsverbandsheiden im Herrn beieinander zu sein.

Schnidit nach Ferngerichten.

Das prompte Funktionieren der militärischen Ehrengerichte gegen politisch Andersdenkende oder sonst unbekanntem geborene Standesgenossen hat es offenbar einer Anzahl von Berliner Ärzten angetan. Sie verlangten in der letzten Sitzung der Ärztekammer für die Provinz Brandenburg einen Ausbau der ärztlichen Ehrengerichte.

Frauen und Mädchen von Lübeck und Umgegend!

Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr,

Gr. Frauen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

„Her mit dem Frauenwahlrecht!“

Referentin: **Frl. Gertrud Hanna aus Berlin.**

In allen Orten Deutschlands demonstrieren am 19. März die Frauen und Mädchen für das Frauenstimmrecht. Es ist deshalb auch besonders die Pflicht der Lübecker Arbeiterfrauen und ihrer Töchter, vollzählig in dieser Versammlung zu erscheinen! Auch die Männer sind willkommen.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins. I. A.: Paul Lüwig, Johannisstraße 46.

Knorr's Hafermehl

seit über 40 Jahren als

zuverlässige Kindernahrung
bekannt und bewährt. Einzig richtiger Zusatz zur Kuhmilch.
Leichtverdauliche Speise für Schüler und Kranke.

Nur in Originalpaketen von 1/4 und 1/2 kg. Jedes Paket enthält einen Gutschein.

**Verlangen Sie die Prämienliste
von der Firma C. H. Knorr A.G. Heilbronn a. N.**

Stadthallen-Theater Lübeck.

Donnerstag, den 16. März und folgende Tage, abends 8 Uhr

1. Gastspiel des Fritz-Steidl-Ensembles.

Zum 1. Male!

Der Sensationsschlager des Berliner Metropol-Theaters!

Halloh! Die grosse Revue!

Satirische Jahresrevue v. Julius Freund. Musik v. Paul Lincke

Paul Lincke dirigiert die Erstaufführung persönlich.

In Szene gesetzt von Direktor Fritz Steidl.

Hauptdarsteller: Damen: Elise Heß, Flora Franke, Clara Wittenberg.
Herren: Dir. Fritz Steidl, Eugen Schulenburg, Hugo Wieser, Carl Reising etc.

3 große Balletts 3

arrangiert und einstudiert vom Königl. Malländer Holballettmeister
Giovanni Ceruti.

30 Damen vom corps de ballet.

- | | |
|------------------------------------|-------------------------------------|
| 1. Bild: Es liegt was in der Luft. | 4. Bild: Das dunkle Berlin. |
| 2. Bild: Im Rosengarten. | 5. Bild: Das glänzende Berlin. |
| 3. Bild: Ein Schönheitsabend. | 6. Bild: Das Fest des Weltfriedens. |
- Vorkommende **Tänze u. Balletts**: Der Tanz der Winde. Holländischer Baby-Tanz. Das Luxusballett. Apachen-Tanz. Großes phantastisches Silberballett: Das Fest des Weltfriedens.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Preise der Plätze siehe Tageszettel.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14 und Roß, Kohlmarkt 18.

Sonntags 2 Vorstellungen: Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Ein handgreiflicher Beweis



der Billigkeit von
Kathreiners Malzkaffee
ist das ersparte Geld, das man am Ende
des Jahres im Beutel hat, wenn man
täglich Kathreiners Malzkaffee trinkt. —

Das ist in diesen teuren Zeiten
von größter Wichtigkeit!

„Der Gehalt macht's!“

Hiermit zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage

Beckergasse 73, links eine

Grünwaren-, Brot- und Bierhandlung

eröffne. Mit der Bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu
wollen, zeichne hochachtungsvoll

Frau Marie Nothmann Wwe.

Metropol-Theater.

Heute Programmwechsel.

„Murat“ großes Drama in 16 Abteilungen.

Max hat eine Braut gefunden.

Zum Tränenlachen.

Und weitere 10 Nummern.

Neues Stadttheater.

Freitag, 17. März. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 156. Freitag-Ab. 27.

Mignon.

Oper von A. Thomas.
Sonabend, 18. März. Abds. 6 Uhr.
Ende präzise 11 Uhr.

8. Vorstell. im Wagner-Zyklus.

Gewöhnliche Opern-Preise!

Gastspiel des Kgl. Kammerjägers

Alois Pennarini

vom Hamburger Stadttheater.

Götterdämmerung.

Dritter Tag a. d. Bühnenfestspiel

Der Ring des Nibelungen.

Vorläufige Anzeige!

Montag, 20. März. 7 1/2 Uhr.

Erhöhte Preise!

Letztes Gastspiel der Kgl. Säch.
Kammerfängerin

Eva von der Osten

von der Kgl. Hofoper in Dresden.

Carmen. Große Oper
von Bizet.

Hansa-Theater.

Ab 16. März:

Gastspiel

des berühmten

Sylvester

Schäffer jr.

und das übrige Programm.

Preise der Plätze: Loge 4 Mk.,
Fauteuil 3 Mk.,
Sperrsitz 2.25 Mk., Parkett 1.75 Mk., Seiten-Parkett 1.75 Mk.,
Parterre 1.25 Mk., Seiten-Parterre 1 Mk., Mittel-Balkon 1.25 Mk.,
1. Balkon, Seite 1 Mk., 2. Balkon 80 Pfg., Galerie 50 Pfg.

Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Vorzugskarten, Offizier- u. Unteroffizier-Bons, haben
keine Gültigkeit.

Im Sohlenauschnitt
empfiehlt sich
Fr. Kaas, Kaiserstraße 3.

Achtung. Gesangv. Eintracht.
Freitag keine Gesangstunde.
Der Domann.

